

Netzwerkimpuls »Integration braucht Beteiligung – Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen«

Mehr als eine Million Menschen sind seit dem letzten Sommer nach Deutschland gekommen. Wie viele der Geflüchteten dauerhaft bleiben werden und wie viele in absehbarer Zeit noch hinzukommen werden, wissen wir nicht. Trotz des anhaltenden politischen Streits um die zukünftige Migrations- und Flüchtlingspolitik sollte unstrittig sein, dass die Geflüchteten, die heute in Deutschland leben, neben dem Anrecht auf Schutz und Hilfe auch den Anspruch auf Beteiligung haben. Der längst begonnene Integrationsprozess konzentriert sich bislang zumeist auf Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Ohne diese Herausforderungen gering zu schätzen, spricht sich das Netzwerk Bürgerbeteiligung für eine Erweiterung der Handlungsfelder und für einen Perspektivenwechsel aus: Nur wenn die Geflüchteten selbst als aktiv Handelnde gewonnen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, wird das neue Zusammenleben auf Dauer gelingen. Es geht um ihre Partizipation und ihr Engagement im Integrationsprozess.

Was spricht für die Stärkung von Partizipation und Engagement der Geflüchteten, wo es in Deutschland doch insgesamt nicht gut bestellt ist um die politische Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte? Die Bundesrepublik gehört inzwischen zu einer Minderheit von EU-Ländern, in der »Drittstaatenausländer« in den Kommunen nicht wählen dürfen. In den Integrationsdebatten wird das Thema politische Beteiligung traditionell an den Rand geschoben. Zudem türmen sich Engagement- und Beteiligungsbarrieren – von der Sprache über den meist unsicheren Aufenthaltsstatus bis zu kulturellen Differenzen. Jede Überforderung ist schon deshalb zu vermeiden. Zudem ist die besondere Vielfalt der Zugewanderten zu berücksichtigen – bis hin zum Schutz und zur Förderung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Für einen Perspektivenwechsel gibt es gute Argumente:

- Politische Gleichheit gehört zu den Grundwerten demokratischer Gesellschaften. Dies spricht für eine möglichst frühzeitige und umfassende Einbeziehung von Zugewanderten.
- Gerade für Menschen, die aus Regionen mit diktatorischen Regimen fliehen, ist es wichtig, dass sie Demokratie leben und lernen können. Formen der Beteiligung und des freiwilligen Engagements bieten hierfür wichtige Impulse.
- Selbst wenn die Geflüchteten schon nach wenigen Monaten oder Jahren das Land verlassen, sind praktische Demokratieerfahrungen eine wichtige entwicklungspolitische »Mitgift«, die für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Heimatländern zum Tragen kommen kann.
- Und letztlich können Integrationsprozesse nur gelingen, wenn die Geflüchteten diese mitgestalten.

Die vielfältigen Initiativen, Organisationen und Projekte, die – seit Sommer 2015 und zum Teil auch länger – im Kontext der Zuwanderung von Flüchtlingen in Deutschland aktiv sind, haben deutlich gemacht, welche herausragende Stellung bürgerschaftliches Engagement und Partizipation für die Aufnahme und Erstversorgung der Geflüchteten spielen. Die Zivilgesellschaft ist »Rückgrat und Herz einer integrativen Flüchtlingsarbeit«¹.

¹ PHINEO 2015: Gemeinsam für Flüchtlinge in Deutschland. Flyer. Internet: http://www.phineo.org/uploads/tx_phineodownloadcenter/PHINEO_Analyse_Themenfeld_Fluechtlinge_Flyer.pdf [zuletzt abgerufen am 5.06.2016].

Diese gelebte Willkommenskultur wird auch eine wichtige Rolle für den Prozess der Integration spielen. »Willkommen sein bedeutet, dass die Menschen Spielräume und Möglichkeiten bekommen, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben und es mitzugestalten« (Deutscher Kulturrat). Dies geschieht nicht zuletzt durch politische Partizipation, durch Dialoge und Mitentscheiden, aber auch durch freiwilliges Engagement mit dem Ziel, im Kleinen etwas zu gestalten. Hier stehen wir oft erst am Anfang. Es wird »stärker als bislang auf das gemeinsame Gestalten ankommen. Eine einseitig gelebte Willkommenskultur, wie sie derzeit im zivilgesellschaftlichen Engagement tausender Menschen zum Ausdruck kommt, ist nur eine halbe Willkommenskultur. Die andere Hälfte besteht darin, den willkommen Geheißenen die Chance zu verschaffen, ihrerseits etwas zurückgeben zu können und dadurch eine elementare Form der Selbstachtung zu wahren«.²

Die soziale Realität einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft entsteht, wenn sich Alteingesessene und Zugewanderte auf Augenhöhe und mit dem Ziel begegnen, gemeinsam Zukunft zu gestalten. Dabei prägen die Einheimischen, die sich für Geflüchtete und Zugewanderte engagieren und mit ihnen gemeinsam die lokalen Lebensbedingungen gestalten, das Gesicht dieser neuen Einwanderungsgesellschaft wesentlich mit. Zusammen mit den Geflüchteten, die die Chance erhalten, sich zu engagieren und an der Gestaltung ihrer alltäglichen Lebensbedingungen mitzuwirken, schaffen sie einen Zukunftsentwurf für unser Zusammenleben. Ein Zwischenergebnis dieser Integrationspraxis könnte das Statement eines lokalen Bündnisses sein: »Wir sind besonders stolz auf unsere tollen neuen Mitbürger (Flüchtlinge), die uns gegenüber sehr aufgeschlossen sind.«³

Um diesen Integrationsprozess zu unterstützen, braucht es ...

(1) ... Engagement und Partizipation von Anfang an.

Sich in einer fremden Umgebung zurechtzufinden, erfordert von Neuankömmlingen Neugier und Mut, aber auch ein erhebliches Maß an Geduld und Anpassungsbereitschaft. Das Ankommen wird deutlich erleichtert, wenn es gelingt, die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsmöglichkeiten der Geflüchteten von Beginn an zu stärken. Wenn »Flüchtlingsparlamente« und Vertretungen in Gemeinschaftsunterkünften entstehen, wenn Geflüchtete zentrale Funktionen übernehmen und wenn eine Infrastruktur geschaffen wird, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Nöte der Bewohnerinnen und Bewohner zugeschnitten ist, kann dies Wege aus einer erzwungenen und nicht selten entwürdigenden Passivität eröffnen. Gleichzeitig sollten sich diese Einrichtungen für die lokale Zivilgesellschaft öffnen, indem sie niedrigschwellige Formen des Engagements in Vereinen, Initiativen und Organisationen vermitteln.

Die Förderung der Beteiligung und des Engagements sollte aus Sicht des Netzwerks Bürgerbeteiligung künftig ein wichtiges Kriterium bei der Ausschreibung von Gemeinschaftsunterkünften sein.

(2) ... eine offene und aufgeschlossene Gesellschaft.

Das Ankommen kann nur mit der Offenheit und Veränderungsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft gelingen. Das vielfältige Engagement von Menschen in Kirchen, Moscheegemeinden, Migrantenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Unternehmen, die das Integrationsgeschehen vor Ort in den letzten Monaten geprägt haben, bietet dafür günstige Voraussetzungen. Aber das »Rendezvous mit der Globalisierung« in Form von verstärkter Migration und Flucht hat nicht nur eine große Solidarität sichtbar werden lassen, sondern auch eine Fülle von Ängsten und Widerständen gegen diese Herausforderungen ausgelöst.

² Aumüller, Jutta 2016: Flüchtlingszuwanderung und bürgerschaftliches Engagement. Betrifft: Bürgergesellschaft 42. Berlin: FES, S. 13

³ Holzgerlingen, Baden-Württemberg, in Fn. 4, S.46

Vielerorts ist um das Thema Flucht und Asyl eine brisante politische Konfliktlinie entstanden. Willkommensinitiativen treffen auf Anwohner/innen und politische Akteure, die sich massiv und teilweise gewalttätig gegen die Aufnahme von Geflüchteten zur Wehr setzen und sie und ihre Unterstützer/innen bedrohen.

Es geht also nicht nur um das Engagement für die Geflüchteten, sondern um Initiativen in die einheimische Zivilgesellschaft hinein mit dem Ziel, sich den auftretenden Widerständen und Ängsten zu stellen und diese gemeinsam zu entschärfen. Auf Dauer können alltägliche Begegnungen zwischen Einheimischen und den Neuangekommenen dazu erheblich beitragen. Persönliche Kontakte mit Flüchtlingen können dabei helfen, Fremdheit, Vorurteile und Ressentiments abzubauen. Dafür braucht es niedrigschwellige Kommunikationsorte und -angebote, wie z.B. ein »Café to Stay« oder Erzählcafés, die Geflüchteten die Chance bieten, von ihren Fluchterfahrungen und von ihrem Leben vor Krieg und Vertreibung zu berichten. Ein hilfreiches Engagementformat sind Patenschaften (von Sprach- und Kulturmittlern über Integrationslotsen bis hin zu Stadtteilmüttern und -vätern), seien sie nun individuelle Eins-zu-Eins oder gemeinschaftliche Patenschaften von Schulklassen und Belegschaften für Flüchtlingsunterkünfte. Auch ein Fußballverein, der junge Geflüchtete in seinen Spielbetrieb aufnimmt, trägt zu einer offenen Bürgergesellschaft bei. Dies gilt auch für Unternehmen, die Geflüchtete dabei unterstützen, erfolgreich in Ausbildung und Beschäftigung zu kommen.

Besonders das freiwillige Engagement von Flüchtlingen benötigt breite öffentliche Unterstützung. Zentral ist dabei die Förderung der Freiwilligenorganisationen und -agenturen, die sich dieser Aufgabe widmen.

(3) ... Schritte zur Selbstorganisation.

Geflüchtete und Migrant/innen können und wollen aktiv Einfluss auf ihre Lebensbedingungen nehmen. Davon künden ihre Visionen und Wünsche für ein besseres Leben, die sie mit dem Aufnahmeland verbinden⁴. Ihre Handlungsfähigkeit haben sie auch mit ihrer Entscheidung für die Flucht aus lebensbedrohlichen Verhältnissen und auf meist gefährlichen Fluchtwegen deutlich gemacht. In ersten Formen der Selbstorganisation versuchen sie, diese Hoffnungen auf ein neues Leben zu realisieren. Um die Selbstorganisation der Geflüchteten zu unterstützen, ist es notwendig, bestehende Netzwerke auszubauen, die Selbstorganisation in Gruppen zu fördern und die Zugewanderten zu befähigen, sich zu engagieren, sich einzubringen und zu beteiligen.

So unterstützt die Stadt Ravensburg eine Initiative von syrischen Flüchtlingen zur Vereinsgründung. Lokale zivilgesellschaftliche Bündnisse können die notwendigen Schlüsselqualifikationen (soziale, kommunikative und »Gewusst-Wie«-Kompetenzen) des sozialen und politischen Engagements vermitteln und den Schritt zum aktiven Handeln erleichtern, indem sie potentielle Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und helfen, diese zu erproben. Im »Forum neue deutsche Organisationen«⁵ sind einige dieser selbstorganisierten Initiativen aktiv.

Es hat lange gedauert, bis in Deutschland die integrationspolitischen Potentiale der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten anerkannt und öffentlich gefördert wurden. Die Unterstützung der Selbstorganisation der verschiedenen Gruppen von Geflüchteten sollte jetzt der nächste Schritt sein.

⁴ Eindrucksvolle Beispiele finden sich in der World Vision Studie »Angekommen in Deutschland. Wenn geflüchtete Kinder erzählen« (März 2016).

⁵ www.neue-deutsche-organisationen.de/

(4) ... eine Öffnung der vorhandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und Einrichtungen.

Lokales Engagement und politische Willensbildung findet wesentlich in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen statt. »Nichts für uns – ohne uns!« sollte auch zum Merksatz im Umgang mit Geflüchteten werden.

Jede Initiative für Flüchtlinge sollte sich überlegen, wie sie den Geflüchteten selbst eine aktive und mitbestimmende Rolle verschaffen kann und welche unterstützenden Schritte dafür notwendig sind. Dies gilt auch für die zahlreichen Stiftungen und Bürgerstiftungen, die Förderprogramme für Geflüchtete aufgelegt haben – oft noch ohne Beteiligung der Betroffenen.

Migrantenorganisationen, Moscheegemeinden und Kirchen gelten als »natürliche« Ansprechpartner/innen für Geflüchtete. Vereine und Organisationen, die sich bislang noch nicht für Geflüchtete engagiert und für deren Anliegen geöffnet haben, sollten die sich daraus ergebenden Chancen erkennen und nutzen. Dabei können die Kommunen, aber auch Landes- und Bundesprogramme hilfreich sein, indem sie die Öffnung zivilgesellschaftlicher Organisationen für Geflüchtete konzeptionell, personell und mit den nötigen Ressourcen fördern.

(5) ... gelingende Dialoge, in denen wir gemeinsam nach Lösungen und gangbaren Wegen suchen.

Um die integrativen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind vielfältige Begegnungen und Gespräche erforderlich. Es gibt keine Patentrezepte. Zunächst geht es darum, den Geflüchteten zuzuhören und ihre Erfahrungen und Zukunftswünsche ernst zu nehmen. Zugleich geht es um den sicherlich oft spannungsreichen und langwierigen Abgleich mit den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft, mit den Geschlechterrollen, Erziehungsstilen und mit vielem mehr. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog zu stärken, neue Diskurse zu gestalten und ungewöhnliche Gesprächspartner/innen zusammenzubringen. Dabei muss klar sein, dass der Maßstab der Bürgerbeteiligung immer die Wahrung und Stärkung der Rechte aller Menschen und die Stärkung schwächerer Bevölkerungsgruppen ist. Dialogorientierte Bürgerbeteiligung darf weder direkt (z.B. Beteiligung gegen bestimmte Gruppen) noch indirekt (z.B. Nichteinladung bestimmter Gruppen) dazu dienen, Menschen auszugrenzen oder ihre Rechte zu schmälern.

Die kommunalen Flüchtlingsdialoge in Baden-Württemberg bieten hierfür ein Beispiel.⁶ Für die Qualität und Reichweite von dialogorientierten Partizipationsansätzen ist es entscheidend, ob es gelingt, Geflüchtete und Zugewanderte einzubinden und ihre Beteiligung auf Augenhöhe zu sichern. Dazu braucht es nicht nur guten Willen, sondern auch professionelle Unterstützung. Aus Sicht des Netzwerks Bürgerbeteiligung sollte die Förderung von »Flüchtlingsdialogen« zu den integrationspolitischen Aufgaben der öffentlichen Hand gehören.

(6) ... lokale Netzwerke und Kooperationen.

Die Initiativen für Geflüchtete stellen eine zentrale Ressource bei der Entwicklung einer Willkommens- und Integrationskultur dar. Dazu braucht es Kooperation und Abstimmung zwischen den verschiedenen Gruppen von Engagierten. Gemeinsam und in stetem Austausch müssen auf lokaler Ebene Wege gefunden werden, die zu einer Verstärkung des Engagements und zu einer verlässlichen Praxis beitragen können (z.B. Anerkennung, Weiterbildung, Freiwilligenmanagement, Sprachkompetenzen).

Solche Netzwerke sind vielfach spontan im Herbst 2015 entstanden, oft koordiniert über Apps und andere soziale Medien. An anderen Orten haben Flüchtlingsräte, Integrationsbüros, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen oder die Kommune selbst diese Aufgabe übernommen.

⁶ Zehn Kommunen erproben solche Flüchtlingsdialoge seit Januar 2016 in einem Landesprogramm in Baden-Württemberg.

Es gilt, diese kooperativen Netzwerkansätze zu erhalten, zu stärken und zu koordinieren. Dazu bedarf es entsprechender Ressourcen und professioneller Unterstützung. In den Gebieten der Sozialen Stadt wurden bereits zahlreiche Beteiligungsformate erprobt (z.B. Quartiersräte) und Unterstützungsformen (z.B. Quartiersmanagement) entwickelt, an die angeknüpft werden kann. Für die Qualität und Integrationskraft lokaler Flüchtlingsnetzwerke wird auf die Dauer entscheidend sein, ob es ihnen gelingt, die unterschiedlichen Gruppen von Geflüchteten selbst einzubinden. Auch hier können Förderprogramme, wie es sie z.B. in Baden-Württemberg⁷ bereits gibt, hilfreich sein. So sehr auch weiterhin spezifisch lokale Wege wichtig sind, sollten auch regionale, landesweite und bundesweite Foren gefördert werden, die einen Austausch über gelungene Praxisansätze ermöglichen und eine gemeinsame Agenda voranbringen.

(7) ... eine engagierte Kommunalpolitik.

Nicht jede Kommune wird sich zur »sanctuary city« ausrufen, die Geflüchteten und Illegalen besonderen Schutz in Aussicht stellt, wie dies schon seit einiger Zeit Städte in den USA, Kanada und Großbritannien tun. Nicht alle Kommunen werden dem Netzwerk »Städte der Zuflucht« beitreten, das angesichts der jüngsten Misere der europäischen Flüchtlingspolitik besonders in Ländern aktiv geworden ist, in denen nationale Regierungen auf Abschottung setzen (wie in Spanien und Polen). Aber Kommunen können auch ohne große Bekenntnisse eine aktive Rolle spielen, wenn es um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten geht. Sie können Personal und Ressourcen zur Verfügung stellen, Netzwerke betreuen, Engagierte unterstützen und Beteiligungsprozesse ermöglichen.

Damit dies geschieht, braucht es aber auch einen entsprechenden Druck und Rückhalt aus der lokalen Gesellschaft. Engagement und Partizipation sollte deshalb auch in Richtung Kommunalpolitik zielen. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung spricht sich dafür aus, analog zur kommunalen Integrationspolitik⁸ einen bundesweiten Wettbewerb »Erfolgreiche kommunale Flüchtlingspolitik« einzurichten und flüchtlingspolitische Qualitätsstandards zu entwickeln. Engagement und Beteiligung sollten dabei eine zentrale Rolle spielen. Es wird sich zeigen, wie das bereits bekannte integrationspolitische Instrumentarium zu erweitern ist.

(8) ... einen konstruktiven Umgang mit Konflikten.

Für eine große Zahl der Einheimischen bedeutet Immigration eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Viele andere verbinden mit den Veränderungen, die starke Zuwanderung mit sich bringt, aber auch ein Gefühl des Verlustes oder die Angst vor verschärfter Konkurrenz um Wohnungen und Jobs. Viele Alteingesessene sehen Sicherheiten und ihre vertraute Welt schwinden. Widerstand gegen weitere Zuwanderung speist sich auch aus ökonomischen Verteilungskonflikten. Es entstehen Widerstände und Konfliktpotenziale.

Die Konfliktgegenstände und Konfliktlinien sind dabei so unterschiedlich wie die Konfliktbeteiligten selbst. Nicht immer werden die Auseinandersetzungen fair und angemessen ausgetragen. Es wird immer deutlicher, dass ein Miteinander nur gelingen kann, wenn wir die entstehenden Konflikte aushalten und sie ebenso frühzeitig wie konstruktiv angehen.

Für die Neuankömmlinge wie für die Alteingesessenen ist es ein Lernfeld, sich an einer spannungsreichen gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und zu erfahren, dass Demokratie auch auf Widerspruch und Streit beruht. Eine konstruktive Konfliktbearbeitung kann einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten – und die in der Einwanderung bestehenden Chancen sichtbar machen.

⁷ Im Sommer 2015 hat die Landesregierung von Baden-Württemberg ein Förderprogramm »Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlinge« aufgelegt, mit dem zunächst 68 lokale Initiativen gefördert wurden. In einer ersten Dokumentation wird deutlich, dass ein beachtlicher Teil der lokalen Bündnisse auf eine aktive Rolle von Geflüchteten in der Zivilgesellschaft und ihre demokratische Beteiligung voranbringen will (vgl. Staatsministerium 2016: Gemeinsam in Vielfalt. Die Projekte stellen sich vor. Stuttgart: Landesregierung).

⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2005: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wichtig ist dabei, dass die Beteiligten erfahren und erleben, wie Konflikte bearbeitet und die Konfliktbeteiligten zur Suche nach einer gemeinsamen Lösung motiviert werden können. Dies kann und darf nicht ihnen selbst, den freiwillig Engagierten und den Geflüchteten allein überlassen werden. Hierfür bedarf es einer professionellen, verlässlichen und strukturell verankerten Unterstützung.

(9) ... eine wirksame Interessenvertretung von Geflüchteten.

Gerade auf kommunaler Ebene gibt es eine Fülle von Interessenvertretungen für Migrant/innen, die im Kontext der Integrationspolitik in den letzten Jahren ausgebaut worden sind. Es kommt darauf an, sie für Geflüchtete zu öffnen. Dies fängt an bei lokalen Integrationsräten und Ausländerbeiräten, in denen die Belange der Neuangekommenen Sitz und Stimme erhalten. In den Kommunen können Menschen mit Fluchterfahrung als »sachkundige Einwohner/innen« dazu beitragen, dass sich Kommunalpolitik und -verwaltung auf die neue Realität einstellen. Dies gilt aber auch für Kinder- und Jugendringe, Bürgerstiftungen, Schülerräte oder die Vertretungsgremien in Wohlfahrtsverbänden, in Kirchen und Moscheegemeinden. Überall kommt es darauf an, dass die Neuangekommenen frühzeitig ihre Interessen und Bedürfnisse artikulieren und Einfluss auf die Ausgestaltung der kommunalen Einrichtungen und Dienste wie der zivilgesellschaftlichen Organisationen nehmen können.

(10) ... Ressourcen, Fonds und Budgets.

Zur Förderung von Engagement und Beteiligung braucht es Ressourcen: Zeit, Ideen, Geld. Geflüchtete gehören sicherlich zu den ressourcenschwächsten Gruppen unserer Gesellschaft. Oft geraten auch Unterstützungsinitiativen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Auch wenn bereits stattliche öffentliche Mittel zur Unterstützung von Geflüchteten fließen, sollte stärker darauf geachtet werden, dass sie zur Förderung von Engagement und zur Unterstützung lokaler Selbstorganisation von Geflüchteten beitragen.⁹ Gefordert sind nicht nur Hilfsfonds für Notsituationen, sondern kleine dezentrale Budgets, die eine niedrigschwellige und unbürokratische Unterstützung von lokalen Flüchtlingsinitiativen erlauben. Ein Mittel der Wahl sind Flüchtlingsfonds, die in einigen Kommunen und Bundesländern bereits aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Aber sie können auch durch Spendensammlungen und Stiftungen, wie in Bergisch-Gladbach, zustande kommen¹⁰.

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung setzt sich dafür ein, solche niedrigschwelligen Fondsansätze auszubauen und auf Dauer anzulegen. Wichtig ist dabei, Geflüchteten selbst bei den Entscheidungen über die Mittelvergabe Sitz und Stimme einzuräumen.

14. Juni 2016

Erstellt auf der Grundlage von Texten von
Roland Roth, Marion Stock und Hanns-Jörg Sippel
diskutiert und weiterentwickelt im Netzwerk Bürgerbeteiligung – beim Treffen der Vorbereitungsgruppe und beim Netzwerktreffen im Juni 2016

⁹ So sieht das Förderprogramm der Landesregierung Baden-Württemberg »Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse in der Flüchtlingshilfe« ein Kleinbudget vor, das »die Gemeinschaft der Flüchtlinge eigenverantwortlich und in einem demokratischen Prozess verwalten kann«.

¹⁰ So hat z.B. ein Bündnis von 20 Stiftungen aus Hamburg einen Fonds »Flüchtlinge und Ehrenamt« eingerichtet, niedersächsische Stiftungen unterstützen einen Fonds »Engagement für Geflüchtete in Niedersachsen« und das Bistum Dresden-Meißen hat einen Flüchtlingsfonds aufgelegt.